

1 Antrag für den SPD-Kreisparteitag am 20.4.2013, Ratingen-West

2 **Für soziale Gerechtigkeit:**

3 **Armut bekämpfen - bezahlbare Mieten - Förderung der Sozialen Stadt**

4 **1. Armut und Reichtum in Deutschland**

5 Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt: In Deutschland
6 wächst die Ungleichheit. Der Abstand zwischen dem Besitz der Reichsten und der Ärmsten
7 wird größer. Auch bei den Arbeitseinkommen geht die Lücke auseinander: Hohe Einkommen
8 steigen, bei der Entwicklung der geringen Einkommen gibt es dagegen nach Abzug der Infla-
9 tion sogar Reallohnverluste. Das Vermögen der privaten Haushalte hat sich seit 1992 mehr
10 als verdoppelt. Die obersten zehn Prozent der Haushalte verfügen heute über mehr als die
11 Hälfte des Privatvermögens. Während die privaten Vermögen wachsen, nimmt die Staats-
12 verschuldung zu. 50 Prozent der Kinder aus Alleinerziehenden-Haushalten leben unterhalb
13 der sogenannten Armutsrisiko-Schwelle, d.h. in einem Haushalt mit extrem unterdurch-
14 schnittlichem Einkommen.

15 Das sind die Realitäten heute in Deutschland. Und der Bundesregierung ist nach Bekannt-
16 werden dieser Tatsachen nur eine Lösung eingefallen: Sie hat den Bericht geschönt. Sie hat
17 unbequeme Wahrheiten gestrichen und umgeschrieben. Aber auch mit dieser Vernebe-
18 lungsstrategie bleiben die Tatsachen bestehen: sechs Millionen Menschen gehen für weniger
19 als acht Euro die Stunde arbeiten, 25 Prozent arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnis-
20 sen.

21 **Wenn die Schere zwischen den sozial Starken und den sozial Schwachen aufgeht, schwin-**
22 **det der soziale Zusammenhalt. Diese Entwicklung verletzt das Gerechtigkeitsempfinden**
23 **der Menschen.**

24 Die schwarz-gelbe Regierung unter Kanzlerin Merkel hat in den vergangenen Jahren ihrer
25 Regierungszeit nichts unternommen, um diese wachsende Ungleichheit zu bekämpfen. Sie
26 verteilte stattdessen steuerpolitische Klientelgeschenke wie an die Hoteliers. Höhere Steu-
27 ern für Spitzenverdiener und große Vermögen lehnt sie dagegen entschlossen ab. Millionen
28 sind da für das unsinnige Betreuungsgeld. Das wird finanziert durch die Einsparungen bei der
29 Arbeitsmarktpolitik und beim Elterngeld für ALG-II-Beziehende. Obwohl der Staat wegen der
30 guten Konjunktur Mehreinnahmen erzielt, bekämpft die Bundesregierung damit nicht die
31 soziale Ungleichheit.

32 **Gegen diese Politik des Wegsehens und Wegleugnens setzen wir folgende konkrete Maß-**
33 **nahmen zur Bekämpfung von Armut in Deutschland:**

- 34
- Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohnes und die Stär-
35 kung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
 - Eine wirkungsvolle Bekämpfung des Missbrauchs von Praktika, Mini-Jobs und prekären
36 Beschäftigungsverhältnissen, die Begrenzung von Leiharbeit und das Prinzip glei-
37 cher Lohn für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern.
 - Einen qualitativ hochwertigen Ausbau der Kinderbetreuung von der Krippe bis zur
38 Ganztagschule.
- 39
40

- 1 • Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Vermögende und Wiedereinführung der Ver-
2 mögenssteuer.

3 Ein einheitlicher, flächendeckender Mindestlohn und die Eindämmung von Mini-Jobs sowie
4 prekärer Jobs verhindert Dumpinglöhne und Erwerbs- und Altersarmut. Denn wer während
5 der Erwerbstätigkeit nicht ausreichend für die Rente vorsorgen kann, dem droht Armut im
6 Alter. Das gilt im besonderen Maße für Frauen, die überdurchschnittlich häufig in Minijobs
7 arbeiten. Mit besserer Kinderbetreuung wird eine erwerbssichernde Arbeit gerade für Frau-
8 en möglich. Damit sichern sie sich ausreichende, eigene Rentenansprüche.

9 Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Dieses Prinzip muss wieder zur Geltung
10 kommen. Für Einkommen ab 100.000 Euro fordern wir einen Spitzensteuersatz von 49 Pro-
11 zent. Die dadurch gewonnen Mehreinnahmen sollen zur dauerhaften Verbesserung von Bil-
12 dung und Aufwärtsmobilität angelegt werden. Zusätzlich entstehende Einnahmen aus der
13 Vermögenssteuer sollen den Ländern für Investitionen in Bildung zur Verfügung stehen.

14 **2. Mieten und Wohnen in der Sozialen Stadt**

15 Ständig steigende Mietpreise in Ballungsgebieten und den großen Städten, aber auch den
16 Rändern, und zugleich in vielen Regionen Deutschlands schrumpfende Gemeinden und leer
17 stehende Wohnungen – der Wohnungsmarkt in Deutschland, jahrelang kein Thema für Mie-
18 ter/innen, wird brandaktuell. In den Innenstädten können sich nur noch Wohlhabende
19 Wohnungen leisten, viele müssen aus der Stadt an die Ränder ziehen. Auch Studierende fin-
20 den immer schwerer bezahlbaren Wohnraum. Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft,
21 energetische und altersgerechte Sanierungen stocken. Die Bundesregierung hat diese Ent-
22 wicklung der letzten Jahre verschlafen, sie hat statt Wohnungsbauprojekte ins Leben zu ru-
23 fen, drastische Kürzungen beim Bund-Länder-Programm Soziale Stadt vorgenommen und
24 den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld abgeschafft. Damit sind viele bislang erfolgreiche
25 Projekte zum Erliegen gekommen und die sozialen Probleme in den Städten haben sich ver-
26 schärft.

27 Wir fordern deshalb den Ausbau bedarfsgerechten, altersgerechten und zugleich bezahlba-
28 ren Wohnraums. Mieten dürfen innerhalb von vier Jahren nur noch um maximal 15 Prozent
29 erhöht werden. Weitere mieterfeindliche Änderungen, die schwarz-gelb im Mietrecht einge-
30 führt hat, sollen wieder zurückgenommen werden. Die Städtebauförderung soll mit mindes-
31 tens 700 Millionen Euro finanziert werden, das Programm Soziale Stadt als Leitprogramm
32 mit 150 Millionen Euro ausgestattet werden. Der ganzheitliche Ansatz des Programms Sozia-
33 le Stadt, das neben städtebaulicher Erneuerung und reiner Investition ins Quartier auch sozi-
34 ale und ethnische Integration, kulturelle Zusammenarbeit, Gesundheitsprävention, Bildungs-
35 chancen und gutes nachbarschaftliches Miteinander fördert, muss weiter ausgebaut wer-
36 den. Weiterhin sollen die Kommunen bei der Aufstellung kommunaler Wohnraumkonzepte
37 unterstützt werden und der Wohnungsneubau muss verstärkt gefördert werden.

38 **3. Armutsbekämpfung im Kreis Mettmann**

39 Auch in NRW gibt es Armut und Reichtum und ganz unterschiedlich strukturierte Städte und
40 Stadtteile. Die Einkommensentwicklung und –verwendung in NRW zeigt das: Während bei
41 den 20 % der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen von 2003 bis 2008 nominale Ein-
42 kommensverluste zu verzeichnen waren, zeigen sich bei den 20 % der Haushalte mit dem

1 höchsten Einkommen überdurchschnittliche Steigerungen beim ausgabefähigen monatli-
2 chen Einkommen. (Sozialbericht Nordrhein-Westfalen 2012 - Armuts- und Reichtumsbe-
3 richt). Das verfügbare Einkommen im Kreis Mettmann liegt mit 22.000 € und mehr je Ein-
4 wohner in der höchsten Kategorie gemeinsam mit Städten wie Düsseldorf. Die SGB-II Quote
5 im Kreis Mettmann beträgt zwischen 8,5% und 10,5%. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwoh-
6 ner im Kreis Mettmann liegt zwischen 25.000 bis 30.000 € und damit im NRW-Durchschnitt.

7 Große Unterschiede gibt es auch beim Steueraufkommen der einzelnen Städte im Kreis. Es
8 gibt Städte im Kreis, denen es finanziell gut geht. Diesen Städten gelingt es, struktur- und
9 sozialpolitische Anforderungen schnell umzusetzen. Andere Städte im Kreis leiden unter der
10 Finanzschwäche und sind kaum in der Lage, die grundlegenden kommunalen Aufgaben zu
11 erfüllen. Dabei herrscht oft gerade in diesen Städten ein besonderer Bedarf: Untersuchun-
12 gen im Gesundheits- und Sozialbereich, bei den Einschulungsuntersuchungen und der regio-
13 nalen Verteilung der Kinder mit Behinderungen zeigen, dass oftmals die finanzschwachen
14 Städte im Kreis die größten Anstrengungen zur Verbesserung der auftretenden Probleme
15 unternehmen müssten, dies aber finanziell nicht leisten können. In der Folge driften die Le-
16 bensverhältnisse auch im Kreis Mettmann auseinander.

17 Diesem Trend muss entgegengewirkt werden. Das Ziel sind gleiche Lebensbedingungen und
18 gleiche Chancen im Kreis Mettmann. Es gilt die finanziellen und personellen Ressourcen ori-
19 entiert an den Lebensbedingungen auszurichten und die Angebote der Städte und des Krei-
20 ses stärker zu koordinieren und zu vernetzen.

21 Insgesamt spiegeln die Zahlen für den Kreis Mettmann die Heterogenität des Kreises wider.
22 Sehr Einkommensstarke Städte und Stadtteile sind im Kreis Mettmann ebenso zu finden, wie
23 einkommensschwache Stadtteile, bei denen erheblicher Investitionsbedarf in Infrastruktur
24 und in die soziale Balance notwendig sind.

25 **4. Initiativen der SPD zur Armutsbekämpfung im Kreis Mettmann**

26 **a.** In jeder Stadt des Kreises sollte ein **Konzept zur kindbezogenen Armutsprävention** zu
27 erstellt werden. An der Bildungsbiografie von Kindern orientiert soll versucht werden, Kinder
28 und Jugendliche optimal zu fördern und somit auch Zusammenhänge zwischen Herkunft und
29 Bildungserfolg zu minimieren. Ziel solcher Konzepte unter Einbeziehung der sozialer Netz-
30 werke in den Städten muss sein: „Kein Kind, kein Jugendlicher, keine Familie darf verloren
31 gehen.“ (Siehe Hilden: Konzept zur kindbezogenen Armutsprävention).

32 **b.** Wir setzen uns dafür ein, dass die **Schulsozialarbeit** weiterhin durch den Bund geför-
33 dert wird, wie dies im Bildungspaket zunächst für zwei Jahre vorgesehen war. Gerade Kom-
34 munen, die im Nothaushalt sind, können und dürfen diese Kosten nicht mehr tragen. Auch
35 Schulsozialarbeit trägt dazu bei, die Zusammenhänge zwischen Herkunft und Bildungserfolg
36 zu minimieren.

37 **c.** Die Bundesregierung wird aufgefordert die Kürzung der Mittel für **öffentlich geför-**
38 **derte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose** zurückzunehmen. Die aktuellen Veränderungen
39 bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten haben dazu geführt, dass die öffentlich geför-
40 derte Beschäftigung in einer Kombination von zulässiger, Sinn stiftender Arbeit mit notwen-
41 dige sozialpädagogischer Betreuung und fachlicher Anleitung nicht mehr im bewährten Um-
42 fang durchgeführt werden kann. Die Fördermittel, die Beschäftigungsträger für die Betreu-
43 ung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen erhalten, sind erheblich abgesenkt worden.

1 Damit besteht die Gefahr, dass eine qualifizierte Betreuung nicht mehr finanziert werden
2 kann. Kontraproduktiv ist zudem die Beschränkung der öffentlich geförderten Beschäftigung
3 auf ausschließlich zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende und wettbewerbsneutrale
4 Tätigkeitsfelder. Durch die Festschreibung dieser Kriterien können zukünftig allein nur ar-
5beitsmarktferne Tätigkeiten gefördert werden. Arbeitsmarktnahe Arbeitsfelder sind jedoch
6 eine zwingende Voraussetzung für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt. Beschäf-
7tigungsgesellschaften in den Städten sind wichtige Instrumente zur Eingliederung in den ers-
8ten Arbeitsmarkt und damit zur langfristigen Armutsbekämpfung. Die hier im Kreis Mett-
9mann lebenden Langzeitarbeitslosen sind von der Gesetzesänderung besonders betroffen.

10 **d.** Die Kommunen werden aufgefordert **Schuldnerberatungen** weiter ausreichend zu
11 unterstützen. Viele überschuldete Menschen haben nur über solche Beratungstätigkeiten
12 wieder die Möglichkeit, eine Lebensperspektive aufzubauen.

13 **e.** Wir begrüßen **Initiativen zur Armutsbekämpfung** in den Städten und im Kreis und wir
14 setzen uns für deren Förderung ein. Dazu gehören auch die Tafeln, soziale Netzwerke, Orga-
15 nisationen zur Hilfe von Kindern in Armut etc.

16 **5. Beispielhafte Ansätze zur Armutsbekämpfung im Kreis Mettmann**

17 Der Stadtteil **Ratingen-West** ist ein Beispiel dafür, dass es Stadtteile mit besonderem Erneue-
18rungsbedarf gibt, die eine Förderung aus dem Programm „Soziale Stadt“ brauchen, mit ein-
19nem ganzheitlichen Ansatz aus städtebaulichen und sozialen Maßnahmen, damit sich die
20 Lebensqualität der Menschen verbessert. Der quartiersbezogene Ansatz, der auch Maßnah-
21men der Integration, Sprachförderung, Bildung und Gesundheit umfasst, ist für Stadtteil wie
22 Ratingen-West sehr geeignet. 2007 wurde dort ein Büro für Stadtteilarbeit eingerichtet, das
23 gemeinsam mit Vertretern der Polizei und einem Streetworker die Aufgaben im Rahmen von
24 Integration und Prävention im Stadtteil wahrgenommen hat. Die Koordination der Pro-
25gramme erfolgte über die sozialen Verbände und Vereine, aber auch die LEG und Stadt Ra-
26tingen engagierten sich mit jährlichen 50.000 € für den Stadtteil Ratingen West. Diese Ver-
27einbarung sieht eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen, dem Jugendclub und
28 der Stadt vor. Insgesamt sind in Ratingen-West bis 2010 Bundesmittel von 573.000 Euro,
29 zusätzlich Landesmittel, so eingesetzt worden, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Le-
30bensqualität im Stadtteil möglich waren. Ratingen-West ist ein Stadtteil, der dringend wieder
31 aus einem „Programm Soziale Stadt“ gefördert werden muss.

32 In den **Velberter Stadtteilen Birth und Losenburg** sind durch das Programm „Soziale Stadt“
33 bis 2010 insgesamt 71 Projekte mit einer Gesamtsumme aller Förderebenen von 7,3 Mio.
34 Euro realisiert worden. Davon sind insgesamt 2,4 Mio Euro Bundesmittel investiert worden,
35 um sowohl bauliche Verbesserungen als auch Gestaltung von Plätzen und Flächen sowie
36 bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen. In den nächsten Jahren soll das „Integrierte
37 Handlungskonzept“ für die Stadtteile weiter umgesetzt werden. Wesentliche Leitprojekte in
38 Birth-Losenburg waren der Umbau der Erlöserkirche zum Bürgerhaus und die Neugestaltung
39 des Birther Einkaufszentrums, die mittlerweile realisiert sind, die Aufwertung des Verbin-
40dungsweges zwischen Birth und Losenburg als attraktive Verknüpfung der beiden Pro-
41grammgebietsteilen sowie die Arbeit des Stadtteilmanagements zur Begleitung, Koordinati-
42on und Weiterentwicklung der Umsetzung des Handlungskonzeptes.

43 **Heiligenhaus-Oberilp** wurde mit 243.000 Euro aus dem Programm Soziale Stadt unterstützt.

1 Durch die Kürzungen der Bundesregierung können viele Stadtteile ihre Programme nicht
2 mehr fortsetzen. Damit geht ein äußerst wichtiger und erfolgreicher Ansatz quartiersbezo-
3 gener Arbeit verloren und die betroffenen Stadtteile werden im Stich gelassen. Die SPD will
4 nach der Bundestagswahl 2013 ein „**Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und für**
5 **bezahlbares Wohnen**“ initiieren. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und bezahlbarer Wohn-
6 raum. Wir wollen das Zusammenleben von Menschen aller Altersgruppen, verschiedener
7 Herkunft und sozialer Schichten verbessern, durch übergreifende Konzepte in den Quartie-
8 ren.

9 Anknüpfend an die Ergebnisse der ersten AWO – ISS Studie zu Kinderarmut entwickelten der
10 Bezirksverband der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein e.V. und die Stadt **Monheim am Rhein** im
11 Jahr 2002 das **Modell Mo.Ki** - Monheim für Kinder. Ziel des Modells ist es, ein kommunales
12 Gesamtkonzept zur Vermeidung der negativen Auswirkungen von familiärer Armut auf die
13 Lebenslage und die Entwicklungschancen von Kindern zu erstellen. Durch Mo.Ki ist es gelun-
14 gen, beispielhaft eine Präventionskette zur frühen Förderung von Kindern und Familien von
15 der Geburt bis zur Berufsausbildung aufzubauen. Dies erfolgt über die Bereitstellung von
16 Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Eltern und Kinder insbesondere in einem
17 Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf, da hier oftmals materielle Notlagen und sozia-
18 le Benachteiligung einhergehen. Dafür wurden die Arbeit der Kindertagesstätten, der Grund-
19 schulen als auch der weiterführenden Schulen sowie eine Anlaufstelle für Familien nach der
20 Geburt zum Knotenpunkt innerhalb des kommunalen Jugendhilfesystems weiterentwickelt.
21 Ein wichtiger Bestandteil des Mo.Ki – Konzeptes ist der Aufbau eines Kooperationsnetzes für
22 Kinder und Familien in Monheim am Rhein. In der OECD – Studie „Die Politik der frühkindli-
23 chen Bildung, Betreuung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland“ wurde Mo.Ki
24 ausführlich als beispielhaftes Projekt zur Förderung von Kindern mit Risikohintergrund dar-
25 gestellt. Mo.Ki wurde und wird gefördert durch den Landschaftsverband Rheinland als auch
26 durch die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW.

27 Bedürftigen Kindern zu helfen, das hat sich der 2005 auf Initiative der SPD unter dem Dach
28 des DRK Wülfrath gegründete Verein „**Wülfrather Kinder in Not**“ zur Aufgabe gemacht.
29 Wülfrather Kinder in Not unterstützt Kinder, die an der Grenze zur Armut leben. Vor allem
30 wird bei den Kosten fürs Mittagessen in Kindertagesstätten und Ganztagschulen geholfen.
31 Weiterhin werden durch Kinder in Not auch Zuschüsse für Winterkleidung, Schulausstattung
32 und Klassenfahrten gezahlt. „Wülfrather Kinder in Not“ finanziert sich überwiegend aus
33 Spenden. Mit ihnen arbeitet die Initiative „**Kids on Tour**“ eng zusammen. Sie ermöglicht be-
34 dürftigen Kindern das Erlebnis einer Ferienfahrt.

35 **Diese Beispiele zeigen, dass es einigen Städten im Kreis Mettmann gute Ansätze zur Ar-**
36 **mutsprävention und Armutsbekämpfung gab oder gibt. Sie müssen ausgebaut und in allen**
37 **Städten verankert werden.**

38 **Adressat:** Rats- u. Kreistagsfraktionen
39 Landtagsfraktion
40 Bundestagsfraktion

41

42 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen:**

43